



Barthle-Brief

Nr. 48

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

15.2.2008

Thema der Woche:

Familien entlasten, Kindergeld erhöhen **Familienpolitik als Spitzenthema der Union**

CDU und CSU sind die Parteien mit der größten Kompetenz im Bereich Familie. Das zeigen uns auch die Zahlen des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Familienpolitik heißt für uns: Optimale Bedingungen für Familien schaffen, ihr Leben selbst zu gestalten. Das betrifft insbesondere die Erziehung der Kinder. Denn Kindererziehung ist laut Artikel 6 des Grundgesetzes „natürliches Recht“ der Eltern und „ihnen zuvörderst obliegende Pflicht.“ Bei diesen elterlichen Rechten und Pflichten muss der Staat die Eltern unterstützen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu klargestellt, dass das Existenzminimum auch für Kinder steuerfrei bleiben muss. Wenn der Existenzminimumsbericht des Bundesfinanzministers im Herbst dieses Jahres zu dem Ergebnis kommt, dass die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu einem erhöhten Existenzminimum geführt haben, sind wir verpflichtet, den Kinderfreibetrag anzuheben. Die Ankündigung einer SPD-Kommission, den Kinderfreibetrag zu senken, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Selbstverständlich wollen wir auch Eltern mit kleineren und mittleren Einkommen, die vom Kinderfreibetrag nicht in vollem Umfang profitieren, durch die Anhebung des Kindergeldes entlasten. Vorschläge, die Kindergelderhöhung auszusetzen und das Geld stattdessen für Schulspeisungen und Schultüten einzusetzen, zeugen vom kollektiven Misstrauen gegenüber den Eltern und einer falschen Staatsgläubigkeit. Gerade für Eltern mit niedrigem Einkommen bedeutet die Kindergelderhöhung eine spürbare Entlastung angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Wahlfreiheit in der Familienpolitik und steht fest zur Erhöhung des Kindergeldes und zur Einführung des Betreuungsgeldes. Bei letzterem kommt das kollektive Misstrauen der SPD den Eltern gegenüber durch die diffamierende

Bezeichnung „Herdprämie“ zum Ausdruck. Die Union steht in diesem Zusammenhang auch auf der Seite der Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Kindertagesstätte geben, sondern sie zu Hause selber betreuen wollen. Im Vordergrund unserer Politik steht hier die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Betreuungsmodellen für Eltern.

Seit unserem Regierungsantritt haben wir die Sorge um die Zukunft der Familien vom einstigen „Gedöns“ Gerhard Schröders hin zu einem politischen Spitzenthema befördert. Vom ersten Tag in der Großen Koalition an war es unser fester Wille, bessere Bedingungen für Familien in Deutschland zu schaffen. Denn nichts wird die Entwicklung unseres Landes nachhaltiger bestimmen als das Wohlergehen der Familien. Der im letzten Jahr vorgelegte siebte Familienbericht zeigt eindeutig: CDU/CSU haben Wort gehalten. Die Situation der Familien hat sich deutlich verbessert. Mit der Einführung des Elterngeldes, welches in diesem Haushaltsjahr mit vier Milliarden Euro erstmals voll zum Tragen kommt, ermöglichen wir den Eltern, und zwar allen, die das wünschen, die Betreuung ihres Kindes im für die Entwicklung besonders wichtigen ersten Lebensjahr. Dieses Elterngeld unterstützt aber auch die Alleinverdienerfamilie und junge Studenten mit Kindern. Der Ausbau von Kindertagesstätten, die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung und eben auch das Betreuungsgeld garantieren Wahlfreiheit für die Eltern und verbessern zugleich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Unionsfraktion unterstützt alle Menschen, die sich für ein Leben mit Kindern entscheiden, und fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin aktiv für die Verbesserung der Lebenssituation von Familien und Kindern einzusetzen und damit ein Klima der Familien- und Kinderfreundlichkeit in Deutschland zu schaffen.

Integration fördern und fordern

Die Integration der bei uns lebenden Migranten ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung dem Thema endlich den notwendigen Stellenwert eingeräumt. Mit Maria Böhmer ist erstmals eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt Beauftragte für Integration. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit dem Integrationsgipfel den Dialog zwischen Migrantenorganisationen und der Bundesregierung angeregt. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben wir uns erstmals zusammen mit den Ländern und Kommunen auf verbindliche Integrationsziele geeinigt.

Der Schlüssel zur Integration ist die gute Kenntnis der deutschen Sprache. Deshalb gehen die Forderungen des türkischen Regierungschefs Erdogan nach türkischen Schulen und Universitäten in Deutschland in die falsche Richtung. Die Vermittlung der Muttersprache ist Aufgabe des Elternhauses. Etwaige Versäumnisse der Eltern können nicht erst in der Schule nachgeholt werden, weil dies zu Lasten der Deutschkenntnisse geht. Das zeigen auch die negativen Ergebnisse bisheriger Versuche mit dem muttersprachlichen Unterricht: Statt die Kompetenz in beiden Sprachen zu stärken, waren unterdurchschnittliche Deutschkenntnisse die Folge.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, die Integrationsbedingungen zu verbessern. Wir erwarten aber auch, dass die Migranten die verbesserten Möglichkeiten entschlossen nutzen und sich in unsere Gesellschaft integrieren.

Reform der Erbschaftsteuer

An diesem Freitag debattierten wir in erster Lesung das neue Erbschaftsteuerreformgesetz. Grundlage für den vorliegenden Gesetzentwurf bilden die von der politischen Arbeitsgruppe unter Leitung des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück am 5. November 2007 vorgelegten Eckpunkte.

Den Regierungsentwurf werden wir einer intensiven Prüfung unterziehen. Bereits jetzt zeigt sich in der öffentlichen Diskussion ein erheblicher Beratungsbedarf, insbesondere bei der konkreten Ausgestaltung der 15-jährigen Behaltensfrist bei der Unternehmensnachfolge, bei der Zuordnung zum begünstigten Vermögen oder auch beim vorgeesehenen gleichen Tarifverlauf in den Steuerklassen II und III, wonach derzeit Geschwister, Neffen und Nichten den gleichen Tarifverlauf haben wie fremde Dritte.

Für unseren Mittelstand ist die Erbschaftsteuerreform eine zentrale Frage, die wir ernst nehmen. Deswegen werden wir die jetzt beginnenden Beratungen mit größter Sorgfalt führen.

Stammzellforschung in Deutschland

In dieser Woche haben wir in erster Lesung umfänglich über die Zukunft der Stammzellforschung in Deutschland beraten. Zur Debatte stehen vier Gesetzentwürfe zur Änderung des Stammzellgesetzes sowie ein Antrag, der sich dafür ausspricht, an dem geltenden Stichtag 1.1.2002 festzuhalten und die adulte Stammzellforschung stärker zu fördern. Wir müssen bei den anstehenden Beratungen eine schwierige Entscheidung treffen, die wichtige Bereiche wie die Frage nach Forschungsfreiheit sowie Beginn und Würde des menschlichen Lebens gleichermaßen berührt. Bei einer solchen Entscheidung verbietet es sich, eine einheitliche Fraktionslinie vorzugeben. CDU und CSU haben über diese Fragen in den vergangenen Monaten mit großer Ernsthaftigkeit und auf hohem Niveau diskutiert. Das zeigt, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Zitat

„Erdogan hat türkischen Nationalismus auf deutschem Boden gepredigt. Das ist antieuropäisch und belegt unsere Bedenken hinsichtlich eines EU-Beitritts der Türkei. Was Erdogan gesagt hat, war eine Aufforderung zur Abgrenzung und Abkapselung, also das Gegenteil von Integration.“

(CSU-Chef Erwin Huber zum umstrittenen Auftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Köln)